MITTAGSPOST

29.10. Ausgabe 14/2021

Fraktion

Am Dienstag endete ganz offiziell die 19. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages. Gleichzeitig trafen sich die neuen Bundestagsabgeordneten, zu denen ich ja dank der direkten Wahl vom 26. September auch gehöre, zur Konstituierung des 20. Deutschen Bundestages. Im Vorfeld dieser standen natürlich allerhand Abstimmungs-und Vorgespräche auf der Tagesordnung. Gerade für die vielen neuen Kolleginnen und Kollegen unserer Fraktion ist es eine Zeit der Eingewöhnung und Orientierung. Ich weiß wie aufregend diese Zeit ist und habe mich natürlich um ein paar meiner neuen Kollegen gekümmert und zum Beispiel „Büroasyl“ gegeben. Gerade die Mischung in dieser neuen SPD-Bundestagfraktion ist wirklich sehr besonders. Wir haben viele erfahrene Fraktionsmitglieder und gleichzeitig junge neue Abgeordnete aus ganz verschiedenen Berufsgruppen.
Mit 206 Mitgliedern ist die SPD-Bundestagfraktion außerdem die stärkste Fraktion in diesem 20. Deutschen Bundestag. Auch dank Eurer tollen Unterstützung im Wahlkampf! Aus dieser Stärke ergibt sich die parlamentarische Tradition des Zugriffes auf das Amt der Bundestagspräsidentin. Wir haben uns im gesamten Wahlkampf und auch schon seit Jahren dafür stark gemacht, dass die Politik paritätischer zwischen den Geschlechtern wird. Dies muss dann auch für die Spitzenämter in unserem Land gelten. Unser Bundespräsident und unser künftiger Bundeskanzler sind jeweils männlich. Daher war es für uns logisch, eine Frau für das zweitwichtigste Amt in Deutschland vorzuschlagen. Auf der Fraktionssitzung am Montag hatten wir deshalb Bärbel Bas nominiert.

Plenum

Eröffnet wurde die 20. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages durch den Alterspräsidenten und ehemaligen Bundestagspräsidenten Wolfgang Schäuble. In einer Rede zur Lage der Nation erinnerte er uns daran, welchen Stellenwert die parlamentarische Demokratie, insbesondere für unser Land, hat. Im Anschluss eröffnete er zunächst den Wahlgang zur Wahl der neuen Bundestagspräsidentin.

Mit 576 Stimmen wurde Bärbel Bas als Bundestagspräsidentin gewählt. In ihrer Antrittsrede machte sie deutlich, wie sie zukünftig das Amt ausführen möchte. Sie wird eine Präsidentin aller Bundestagsabgeordneten sein, da bin ich mir sicher. Zur Seite steht ihr aus Reihen der SPD-Fraktion die Kollegin Aydan Özoğuz. Ergänzt wird das Präsidium durch Claudia Roth (Grüne), Petra Pau (Die Linke), Yvonne Magwas (CDU/CSU) und Wolfgang Kubicki (FDP).

V.l. Bärbel Bas, Susanne Mittag & Aydan Özoğuz

V.i.S.d.P.: Susanne Mittag, MdB, Deutscher Bundestag,
Tel: 030 227 78171, Fax: 030 227 70173, E-Mail: susanne.mittag@bundestag.de

MITTAGSPOST

Berlin

Sondierungsgespräche

Mit dem Ergebnis der Bundestagswahl wurde deutlich, dass der Auftrag zur Regierungsbildung bei der SPD lag und liegt. In den Tagen nach der Bundestagswahl war dies Anlass für Sondierungsgespräche mit der FDP und den Grünen. Diese wurden zunächst in kleinen Gruppen zwischen den Parteien geführt. Besonders an diesen Sondierungsgesprächen war die gute Verhandlungsatmosphäre und die Vertraulichkeit. Nur so konnten positive Ergebnisse erzielt werden.
In zehn Kapiteln haben die Verhandlerinnen und Verhandler die Verabredungen aus den Sondierungsgesprächen skizziert und damit die Grundlage für jetzt startende Koalitionsverhandlungen gelegt. Die Modernisierung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft ist ein starkes gemeinsames Motiv der drei Parteien – hinzu kommen ehrgeiziger Klimaschutz, Respekt und Zusammenhalt.

Die wichtigsten Ergebnisse:
Bereits vereinbart ist, dass es einen höheren Mindestlohn von 12 € geben wird. 400.000 neue Wohnungen werden jedes Jahr gebaut, von denen 100.000 öffentlich gefördert werden sollen. Die Rente soll stabil gehalten werden und ein höheres Renteneintrittsalter oder abgesenktes Rentenniveau wurde ausgeschlossen. Für langfristige Stabilität soll auch eine teilweise Kapitaldeckung der Rentenversicherung aufgebaut werden.

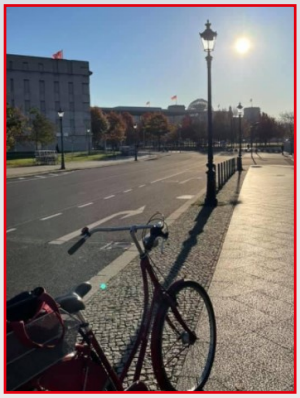
Das Klimaschutzgesetz soll bereits im kommenden Jahr weiterentwickelt werden – und der Kohleausstieg kann möglicherweise schon deutlich früher gelingen als bisher geplant: bis 2030 erscheint laut des Sondierungspapiers denkbar.

Es soll außerdem zu einem gesamtgesellschaftlichen Modernisierungsschub kommen. Dazu gehört unter anderem die gerechte Teilhabe in allen Bereichen zu organisieren und Diskriminierung abzubauen. Alle Ergebnisse hier

Jetzt finden auf Grundlage des Papiers zu den Sondierungen die Koalitionsverhandlungen statt. Dafür gab es in allen drei Parteien eine große Zustimmung.

Koalitionsverhandlungen

Zwar gab es in dieser Woche nur einen Sitzungstag des Deutschen Bundestages und trotzdem bin ich aktuell wohl mehr in Berlin als im Wahlkreis. Hintergrund ist hierbei, dass ich in das Verhandlungsteam der SPD zur Ampelkoalition berufen wurde. Eine große Ehre für mich. Ich gehöre der Arbeitsgruppe für die Themen Landwirtschaft & Ernährung an. Dort versuchen wir jetzt die Positionen der drei Parteien miteinander zu vereinen und einen echten Aufbruch für die Landwirtschaftspolitik der kommenden Jahre zu erzielen. Schon jetzt ist erkennbar, dass die Stimmung zwischen den potenziellen Koalitionären sehr gut ist. Grundsätzlich sollen die Koalitionsverhandlungen bis Ende November abgeschlossen sein. Die Wahl von Olaf Scholz als Bundeskanzler soll in der Woche vom 6.-10.12 stattfinden.



Epidemische Lage

Noch haben sich die Ausschüsse und Arbeitsgruppen im Deutschen Bundestag nicht gebildet. Trotzdem braucht es in den kommenden Wochen wichtige inhaltliche Entscheidungen von uns als Gesetzgeber. Dazu gehört vor allem der weitere Umgang mit dem Corona-Virus. Am 25.11. wird die epidemische Lage von nationaler Tragweite auslaufen. Sie ist Rechtsgrundlage für weitreichende Grundrechteinschränkungen wie Ausgangsbeschränkungen, Reiseverbote, und flächendeckende Geschäfts– und Schulschließungen. Zu solchen drastischen Maßnahmen muss und soll es angesichts einer hohen Impfquote nicht mehr kommen. Das heißt aber nicht, dass der 25. November zu einem „Freedom-Day“ wird. Wir sehen steigende Infektionszahlen. Deshalb werden einzelne Maßnahmen wie die Maskenpflicht oder 3-G-Regeln jetzt gesetzlich geregelt.

V.i.S.d.P.: Susanne Mittag, MdB, Deutscher Bundestag,
Tel: 030 227 78171, Fax: 030 227 70173, E-Mail: susanne.mittag@bundestag.de